

WAHLPROGRAMM

DER JUSO HSG ZUR

HOCHSCHULWAHL 2023



**JUSO
HSG
HALLE**

WAHLPROGRAMM DER JUSO- HOCHSCHULGRUPPE HALLE (SAALE) FÜR DIE HOCHSCHULWAHL 2023

SOZIALGERECHTER CAMPUS

Reiche Eltern für alle!	2
Wohnheime: Mieten runter! Plätze rauf!	2
Bessere Arbeitsbedingungen für Studis!	3
Zeit für Bildung statt Leistungsdruck!	3
	4

AUSFINANZierter CAMPUS

Keine Kürzungen! - Alle Studiengänge erhalten!	5
Mehr Geld vom Land!	5
Keine Exzellenzinitiative - Geld für alle Hochschulen! Rektorat traue dich!	6
	6
	7

NACHHALTIGER CAMPUS

19€-Ticket jetzt!	8
Klimaneutral 2030!	8
Klimakrise im Stundenplan!	8
Nachhaltige Mensa!	9
	9

DEMOKRATISCHER CAMPUS

Kritischer Campus - Weg mit Faschos!	10
Mehr Studis in den Gremien	10
Studentisches Prorektorat	10
fzs-Vollmitgliedschaft	10
	11

ZEITGERECHTER CAMPUS

Digitale Lehre	12
Endlich zeitgerechte Forschung und Zivilklausel!	12
Auch unsere Uni ist ein Zukunftszentrum!	12
Weg mit Luther!	12
	13

VIelfältiger CAMPUS

Barrierefreiheit ausbauen	14
Studium mit Kind	14
Queerfeminismus ist für alle gut!	14
Bündnisarbeit stärken	14
	15

SOZIALGERECHTER CAMPUS

Als jungsozialistische Hochschulgruppe ist für uns ein sozialgerechter Campus natürlich das wichtigste Anliegen. Um die viel zu hohe studentische Armut zu bekämpfen, fordern wir eine grundsätzliche BAföG-Reform und die Bereitstellung von kostenlosen Lehr- und Lernmitteln. Die Mieten in den Wohnheimen des Studentenwerkes müssen schnellstmöglich mit Unterstützung vom Land sinken. Über den Neubau von Wohnheimen auch durch das Projekt Junges Wohnen sollen 20% der Studierenden dort einen Platz erhalten können. Die Arbeitsbedingungen von Studierenden müssen durch einen studentischen Tarifvertrag in Solidarität mit TV Stud verbessert werden. Schlussendlich fordern wir einen besseren Umgang mit psychischer Belastung im Studium durch eine Verbesserung der Therapieangebote und ein Ende der Regelstudienzeit.

REICHE ELTERN FÜR ALLE!

Der Paritätische macht in einer aktuellen Studie zur Armut von Studierenden deutlich, wie Ernst die Lage ist: Etwa 30% der Studierenden leben in Deutschland in Armut - das sind fast doppelt so viele wie in der Gesamtbevölkerung. Noch offensichtlicher wird die Dramatik der Situation, wenn die allein lebenden Studierenden betrachtet werden - hier liegt die Armutsquote bei 79,2%. Allein daraus ergibt sich die Notwendigkeit, hier vor allem mit einer grundlegenden BAföG-Reform mehr zu tun. Die bereits beschlossene BAföG-Reform der Ampel-Regierung reicht bei weitem nicht aus.

Es muss für alle Studierenden möglich sein, unabhängig von den finanziellen Mitteln ihrer Eltern studieren zu können. Dafür benötigt es die längst überfällige BAföG-Reform, welche unbedingt den elternunabhängigen Vollzuschuss beinhalten sollte. Ein faires BAföG zur Sicherung der Studienfinanzierung für alle Menschen bedeutet, dass kurzfristig die Fördersätze, die Freibeträge und die Wohnpauschale endlich dem realen Bedarf und den tatsächlichen Lebensverhältnissen der Studierenden angepasst werden. Wir schließen uns der Forderung des Paritätischen nach einem Grundbedarfssatz von mindestens 600€ an.

In der aktuellen Situation muss das BAföG möglichst schnell zumindest der aktuellen Inflationsentwicklung angepasst werden. Außerdem kann es nicht sein, dass Studierende teilweise monatelang auf die Auszahlung warten müssen. Die Anträge und Auszahlungen müssen in Zukunft deutlich schneller bearbeitet und umgesetzt werden.

Neben dem zentralen Thema der Studienfinanzierung durch das BAföG fordern wir auch, dass die zusätzlichen Kosten im Alltag der Studierenden deutlich reduziert werden. So müssen Lehr- und Lernmittel möglichst kostenfrei zur Verfügung gestellt werden - beispielsweise durch eine Erhöhung der Bestände in den jeweiligen Bibliotheken oder kostenfreie digitale Formate.

WOHNHEIME: MIETEN RUNTER! PLÄTZE RAUF!

Die Mieterhöhungen in den Wohnheimen des Studentenwerks von bis zu 40% sind für viele Studierende eine kaum zu stemmende Belastung. Wir lehnen diese Mietanpassungen grundsätzlich ab und fordern eine genaue Überprüfung der tatsächlich zu erfolgenden Steigerungen. Denn es ist klar: Ohne Unterstützung von außerhalb muss das Studentenwerk die Mieten erhöhen, allerdings nicht um bis zu 40%. Wir werden uns deshalb dafür stark machen, dass die Mieten in den Wohnheimen in der aktuellen Situation nur in angemessener Höhe steigen.

Doch nicht einmal das reicht: Die Landesregierung muss über das Wissenschaftsministerium den Studentenwerken des Landes deutlich mehr finanzielle Mittel für den Bereich Wohnen zur Verfügung stellen. Hier kann sich beispielsweise an Niedersachsen orientiert werden. Auf diesem Weg könnten die Studierenden in Halle von einer echten Senkung der Mieten profitieren. Die Landesregierung ist hier also in der Pflicht.

Die aktuellen Mieten müssen sinken und die Anzahl der Wohnheimplätze steigen! Aktuell leben in Halle nicht einmal 10% der Studierenden in einem Wohnheim - der Bedarf und die Nachfrage nach Wohnheimplätzen ist jedoch viel höher. Dies lässt sich allein an vielen Ablehnungsbescheiden erkennen, die das Studentenwerk jedes Semester verschickt. Deshalb fordern wir, dass mindestens 20% der Studierenden ein Wohnheimplatz bereitgestellt wird, damit möglichst wenige Studierende dem freien Wohnungsmarkt mit den dortigen hohen Preisen ausgeliefert sind.

Für einen Ausbau der Wohnheimplätze soll das von Bund und Ländern neu gestartete Projekt *Junges Wohnen* genutzt werden. Bisher ist in Sachsen-Anhalt geplant, dass von diesen Geldern auch private Träger*innen profitieren. Diese Vorgehensweise lehnen wir ab. Vielmehr sollten alle Gelder den Studentenwerken zur Verfügung gestellt werden, um möglichst schnell die Quote von 20% zu erreichen.

Darüber hinaus fordern wir, dass auch für privat lebende Studierende der Internetzugang über Sammelverträge ermöglicht und so vergünstigt werden kann.

BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN FÜR STUDIS!

Fast alle Studierende müssen neben ihrem Studium in verschiedenen Branchen unter meist sehr prekären Arbeitsbedingungen arbeiten. Exemplarisch dafür ist die Beschäftigung der wissenschaftlichen Hilfskräfte an der Uni. Leider sind dies oftmals Stellen mit wenigen monatlichen Stunden, ohne Tarifbindung und Interessenvertretung, weshalb eine solche Beschäftigung in der Regel nicht für die Abdeckung von Miete und anderen Kosten ausreicht.

Wir unterstützen daher die Kampagne TV Stud bei ihrem Einsatz für verbesserte Beschäftigungsbedingungen für Studierende. Es bedarf eines studentischen Tarifvertrages, um viele der bisher prekären Umstände endlich zu verbessern und auch die Entlohnung signifikant zu erhöhen. Allerdings fordern wir auch bereits jetzt von der Uni Halle, dass sie die wissenschaftlichen Hilfskräfte analog zu den studentischen Hilfskräften nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) entlohnt.



ZEIT FÜR BILDUNG STATT LEISTUNGSDRUCK!

Der Studienalltag zwischen Vorlesungen, Hausarbeiten und Klausuren kann in vielen Bereichen herausfordernd sein. Genau aus diesem Grund brauchen wir ausreichend Beratungsangebote für Studierende, die im Studium mit psychischen, sozialen oder Leistungsdruck zu kämpfen haben. Über das Studentenwerk existiert bereits eine psychosoziale Beratung, die allerdings nicht mit einer wirklichen Psychotherapie vergleichbar ist bzw. dies auch nicht sein soll. Für einen Psychotherapieplatz betragen die Wartezeiten in Halle jedoch häufig mehrere Monate.

Genau für diese Überbrückungszeit fordern wir ein psychotherapeutisches Angebot der Universität, das sich dezidiert auf psychische Probleme der Studierenden, beispielsweise Angststörungen, depressive Episoden oder Burn-Out, konzentriert. Ein solches Angebot könnte die Wartezeit auf eine Langzeittherapie überbrücken und hätte außerdem den Vorteil, dass Studierende die in Zukunft in ein Beamt*innenverhältnis eintreten wollen, keine Angst vor negativen Konsequenzen durch den Vermerk der Psychotherapie bei der Krankenkasse haben müssten. Im Rahmen dieses Angebotes könnte auch ein besonderer Fokus auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie und die Betroffenen von Long-Covid gelegt werden.

Neben der Abmilderung von Stress durch entsprechende Angebote wollen wir auch grundsätzlich Stress im Studium reduzieren: Wir fordern daher ein Ende der maximalen Prüfungsversuche durch die Freiversuchsregelung, unkomplizierte Freisemester und eine freie Wahl der Prüfungsform. Die bereits bestehenden Regelungen zum Nachteilsausgleich müssen erweitert und vor allem auch konsequent umgesetzt werden.

AUSFINANZIERTER CAMPUS

Die Debatte rund um Kürzungen und Schließung von Studiengängen hat in den letzten Jahren unsere Universität geprägt und auch überregional für schlechte Presse gesorgt. Wir halten als Juso-Hochschulgruppe weiterhin die Entscheidung zu Kürzungen aus dem letzten Jahr für falsch. Um die Universität in Zukunft besser aufzustellen, braucht es mehr Geld vom Land und vom Bund. Die Bundesregierung sollte dafür die neoliberale Exzellenzinitiative beenden und mehr Geld in alle Hochschulen stecken. Für all diese Forderungen muss aus unserer Sicht auch das Rektorat um Frau Prof. Becker stärker eintreten und endlich einen Kurswechsel weg von neoliberalen Fieberträumen vollziehen.

KEINE KÜRZUNGEN! - ALLE STUDIENGÄNGE ERHALTEN!

Im April 2022 hat der Senat unserer Universität dem neuen "Hochschulentwicklungsplan" und damit verbunden den gravierenden Kürzungen zugestimmt. Dadurch werden in den nächsten Jahren etwa 25 Professuren, 250 Mitarbeiter*innenstellen und bis zu 3000 Studienplätze verloren gehen. Das war aus unserer Sicht eine totale Fehlentscheidung, die viele Studiengänge und den Charakter als Volluniversität gefährdet. Grundsätzlich ist und bleibt unsere Position als Juso-Hochschulgruppe: Es darf keine finanziellen Kürzungen an Universitäten geben!

Durch die Entscheidung des Zukunftszentrums für Halle mit der Finanzierung in Millionenhöhe wird einmal mehr deutlich, dass für einzelne Prestigeprojekte anscheinend doch staatliche Finanzierung vorhanden ist. Von diesem Zentrum muss aber auch die Universität als Standort für Forschung und Lehre profitieren. Wir fordern daher, dass die Landesregierung von Sachsen-Anhalt mindestens 5 neue Lehrstühle finanziert, die sich dezidiert mit Zukunfts- und Transformationsthemen befassen, um eine enge Kooperation mit dem Zukunftszentrum zu ermöglichen. Das würde den Standort zumindest in Teilen auch finanziell entlasten.

Die beschlossenen Kürzungen haben bereits jetzt gravierende Auswirkungen auf Forschung und Lehre an unserer Universität. Die Bibliotheken haben deutlich reduzierte Öffnungszeiten, viele Lehrstühle bleiben unbesetzt und z.B. durch die Stellenbesetzungssperre erhalten viele Mitarbeiter*innen vorläufig keine Verlängerung ihrer Verträge. Diese Entwicklungen gefährden den Lehrbetrieb im Studium grundsätzlich und müssen scharf kritisiert werden - auf Dauer funktioniert das nicht. Genau deshalb ist eine Ausfinanzierung essentiell! Das Rektorat muss alle notwendigen Schritte einleiten, um die Auswirkungen der Kürzungen auf die Studierenden möglichst abzumildern.

Es muss aber weiterhin das Ziel aller Anstrengungen sein, mit stärkerer finanzieller Ausstattung die Kürzungen zurückzunehmen. Das ist aber nur möglich, wenn die Landesregierung endlich ihrem finanziellen Auftrag gerecht wird und auch der Bund die Hochschulen besser ausstattet.



MEHR GELD VOM LAND!

Das Land drückt sich noch immer vor der Verantwortung, den Standort Halle mitzufinanzieren. Der Zukunftsvertrag Studium und Lehre war eigentlich dafür vorgesehen, dass Bund und Länder gemeinsam Gelder in die Universitäten stecken. Nach dem Prinzip der Kofinanzierung sollte für jeden Euro, den der Bund in die Universität steckt, auch das Land einen Euro investieren. Das Land Sachsen-Anhalt windet sich um diese Aufgabe, indem es fadenscheinige Argumente auftischt, weshalb ein Konstanthalten der Finanzierung für die Hochschulen bereits einen Aufwuchs darstellen soll. Aufgrund dieser Tatsache erhalten die Hochschulen im Land und damit auch unsere Universität nicht die ausreichende finanzielle Ausstattung.

Dabei wird allerdings missachtet, dass eine ausfinanzierte Universität mehr Studierende nach Halle zieht und damit die Stadt und das Land im Allgemeinen attraktiver macht. Wenn Sachsen-Anhalt an der Bildung spart, dann verliert es eine der wichtigsten Anziehungspunkte für junge Menschen in der Region.

Deshalb ist und bleibt für uns die logische Konsequenz: Ausfinanzierte Hochschulen locken Studierende an, geben Perspektiven für Arbeitsverhältnisse und machen das gesamte Bundesland attraktiver. Das Wissenschaftsministerium und die gesamte Landesregierung sind deshalb in der Pflicht, endlich die finanziellen Mittel für die Hochschulen zu erhöhen.

KEINE EXZELLENZINITIATIVE – GELD FÜR ALLE HOCHSCHULEN!

Auch der Bund stellt zu wenige Mittel zur Verfügung. Der 2022 beschlossene Zukunftsvertrag fördert zwar Universitäten in ganz Deutschland, dennoch reichen die Förderungen nicht aus, um das Finanzierungsdefizit an Universitäten auszugleichen.

Stattdessen werden dringend nötige Mittel in die Exzellenzinitiative gesteckt, mit der Universitäten gefördert werden sollen, die herausragende Leistungen zeigen. Das klingt vielversprechend, aber dadurch werden nur Universitäten gefördert, die ohnehin weniger finanzielle Schwierigkeiten haben und sich deshalb prestigeträchtige Projekte leisten können, die Unsummen verschlingen.

Die finanziellen Mittel, die wohl doch da sind, werden aus bloßen Prestige Gründen den Universitäten vorenthalten, die das Geld dringender brauchen! Besonders Ostdeutsche Universitäten sind dadurch benachteiligt, da diese kaum von der Exzellenzinitiative gefördert werden, was wieder einmal zeigt, dass die Bundesregierung nicht genug tut, um die Lebensverhältnisse in ganz Deutschland anzugleichen. Darunter werden außerdem kleine Fächer leiden müssen, die keinen direkten Wirtschaftsbezug haben, aber aufgrund ihres seltenen Vorkommens einen echten Mehrwert für die Wissenschaftslandschaft in ganz Deutschland bieten.

Die Bundesregierung sollte also die finanziellen Mittel nicht in die Exzellenzinitiative, sondern in eine Stärkung des Zukunftsvertrages und die bessere finanzielle Unterstützung der "Kleinen Fächer" investieren.

REKTORAT TRAU DICH!

Das neue Rektorat unter Prof. Claudia Becker ist mit dem Versprechen angetreten, vieles anders zu machen. Bisher hat sich diese Zusage aber in der Realität kaum gezeigt. Das alte Rektorat wurde insbesondere dafür kritisiert, dass es nicht ausreichend mit der Hochschulöffentlichkeit kommunizierte, die Landesregierung nicht offen genug zu stärkerer finanzieller Unterstützung aufforderte und die Kürzungen um jeden Preis auch zum Schaden der Universität umsetzte.

Auch unter dem neuen Rektorat wird die Hochschulöffentlichkeit nicht ausreichend informiert. Vielfach werden Entscheidungen am akademischen Senat vorbei entschieden und dieser wird nicht rechtzeitig informiert, wie es sich beispielsweise beim Moratorium zur Ausschreibung neuer Professuren vor kurzem gezeigt hat. Diese fehlende Transparenz muss ein Ende haben, damit auch die Studierenden dem Rektorat und seinen Entscheidungen wieder mehr Vertrauen entgegenbringen können.

Die Kommunikation gegenüber der Landesregierung lässt ebenfalls zu wünschen übrig. Das Rektorat versucht sich eher dem Wissenschaftsministerium unterzuordnen, anstatt eigene Akzente zu setzen. So wird beispielsweise die neue "Profilierung" der Universität vor allem unter dem Ziel verfolgt, dem Ministerium ein möglichst attraktives Angebot zu machen. Wir als Juso-Hochschulgruppe fordern hier einen anderen Kurs: Das Rektorat muss sich immer wieder öffentlich dazu bekennen, dass gute Forschung und Lehre an der MLU nur mit einer ausreichenden finanziellen Unterstützung von Seiten der Landesregierung möglich ist. Kürzungen darf es nicht geben.

Schlussendlich muss das Rektorat auch hochschulintern seinen Kurs ändern. Das beschlossene Moratorium zur Ausschreibung von neuen Professuren ist eine fatale Fehlentscheidung, die negative Auswirkungen auf die Universität hat und kaum Vorteile bietet. Es soll dadurch lediglich eine Anpassung an das zu entwickelnde "Profil" der Universität mit den Begriffen "Transformation, Nachhaltigkeit und Bildung" erfolgen - was auch immer das im Detail zu bedeuten hat. Besonders besorgniserregend ist dabei, dass dieser Profilbildungsprozess von der neoliberalen "CHE Consulting Group GmbH" und einer "Sparringpartnerin" Sabine Kunst begleitet wird, die als Rektorin ihrer Universität zurücktrat, da Promovierende zu viele Rechte erhalten sollten. Für uns klingt das nach einem neoliberalen Fiebertraum.

Wir brauchen keine neoliberale Profilbildung, sondern eine gute Lehre und Forschung für alle Mitglieder der Universität.

NACHHALTIGER CAMPUS

Das Thema Nachhaltigkeit ist für uns eine der zentralen Zukunftsfragen. Damit Studierende möglichst emissionsarm mobil sein können, braucht es so schnell wie möglich ein bundesweites 19€-Ticket. Die Besetzung des AudiMax durch *End Fossil: Occupy! Halle* im Januar hat einmal mehr gezeigt, dass es bei der Nachhaltigkeit an der Uni noch großen Nachholbedarf gibt. Für uns sind deshalb auch in Solidarität mit *End Fossil* eine Klimaneutralität bis 2030 und eine stärkere Verankerung nachhaltiger Themen im Lehrplan wichtige Forderungen. Schließlich müssen sich auch die hiesigen Mensen noch deutlich weiterentwickeln.

19€-TICKET JETZT!

Für eine lebenswerte Zukunft braucht es nachhaltige Mobilität. Für uns ist klar, dass der Fokus dabei auf dem ÖPNV liegen muss. Aktuell wird die studentische Mobilität in Halle vor allem durch das MDV-Semesterticket ermöglicht, das allerdings pro Semester 160,40€ (im Monat knapp 27€) kostet. Dieser Preis ist durch die Einführung des bundesweiten 49€-Tickets so nicht mehr zu halten. Deshalb fordern wir Nachverhandlungen mit dem MDV, um den Preis des Tickets deutlich zu reduzieren.

Neben einem günstigeren regionalen Ticket werden wir uns überregional dafür einsetzen, dass ein deutschlandweites Semesterticket zum Preis von 19€ im Monat etabliert wird. Denn es kann nicht sein, dass Studierende mit häufig deutlich weniger finanziellen Mitteln den gleichen Preis für das Deutschlandticket bezahlen müssen, wie alle anderen Bevölkerungsgruppen. Langfristig schwebt uns aber weiterhin ein kostenloser ÖPNV für Studierende vor, den wir auch bei den aktuellen Forderungen nicht aus dem Blick verlieren werden.

Nicht nur die Preise, sondern auch die Qualität des ÖPNV ist uns dabei ein zentrales Anliegen. Deswegen werden wir auch in Zukunft darauf hinweisen, dass der Nahverkehr im Allgemeinen und auch speziell für Studierende mit einer höheren Taktung und neuen Angeboten attraktiver gemacht wird.

KLIMANEUTRAL 2030!

Seit 1502 existiert unsere Universität - es wird Zeit sie fit für eine klimagerechte Zukunft zu machen. Dafür muss sie zum einen energetisch geupdatet werden. Eine energetische Sanierung des Gebäudebestandes, ein Fuhrpark basierend auf erneuerbaren Antrieben und die Ausrüstung der Dachflächen mit Photovoltaik sind dafür notwendige Maßnahmen. Außerdem muss schnellstmöglich sichergestellt werden, dass Strom und Wärme ausschließlich aus erneuerbaren Energien gespeist werden. Auch unsere Campusstandorte bedürfen eines Updates. Diese sind bisher geprägt von viel versiegelter Fläche. Das muss sich ändern, denn nur mit mehr Grün lässt sich den immer heißeren Sommern begegnen.

All diese Einzelmaßnahmen müssen am universitätsweiten Ziel einer Klimaneutralität bis spätestens 2030 orientiert werden. Das aktuelle Rektorat hat sich in einem gemeinsamen Verhandlungspapier mit *End Fossil: Occupy! Halle* im Rahmen der Besetzung des AudiMax im Januar darauf geeinigt, dass grundsätzlich Klimaneutralität bis 2030 erreicht werden muss. Allerdings ergibt sich aus dieser Feststellung für das Rektorat noch nicht die

Notwendigkeit, diese Klimaneutralität auch so umzusetzen. Bisher sind die Maßnahmen noch nicht ausreichend. Wir fordern daher, dass sich das Rektorat nun stärker auf Themen der Nachhaltigkeit fokussiert und die Klimaneutralität der Uni tatsächlich bis spätestens 2030 erreicht.

KLIMAKRISE IM STUNDENPLAN!

Die Klimakrise und ihre Folgen werden in den nächsten Jahren die zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen sein. Dies gilt sowohl für den naturwissenschaftlichen als auch den geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich. Trotz dieser hohen Relevanz haben Themen der ökologischen oder sozialen Nachhaltigkeit aktuell in den einzelnen Studiengängen kaum eine hohe Bedeutung. Das muss sich ändern!

Das Rektorat hat sich im Januar bei den bereits erwähnten Verhandlungen im Rahmen der AudiMax-Besetzung auch dazu bekannt, dass ein eigener Themenbereich "Nachhaltigkeit und globale Klimagerechtigkeit" für die Allgemeinen Schlüsselqualifikationen (ASQs) eingerichtet werden soll. Diese Idee finden wir unterstützenswert und fordern die schnellstmögliche Umsetzung. So kann in den Bachelor- und Masterstudiengängen an der Universität garantiert werden, dass Themen der Nachhaltigkeit endlich eine höhere Gewichtung erhalten.

Aber auch über die ASQs hinaus muss das Thema Nachhaltigkeit in die Kernstundenpläne der einzelnen Studiengänge eingebaut werden. Dies ergibt sich allein schon daraus, dass nicht alle Studiengänge über den ASQ-Bereich verfügen (z.B. Staatsexamensfächer). Neben diesem Grund ist es aus unserer Sicht für eine genaue wissenschaftliche Betrachtung von Nachhaltigkeit förderlich, wenn die einzelnen Fächer mit ihrem jeweils eigenen Blick dieses Thema genauer beleuchten. So kann eine wirklich nachhaltige Lehre an der Uni Halle umgesetzt werden.

NACHHALTIGE MENSA!

In der Mensa hat sich mit den Mehrwegverpackungen und der Ausweitung vegetarischer und veganer Angebote bereits viel getan. Wir fordern aber weiterhin, dass dieses Angebot noch ausgebaut wird. Im Januar dieses Jahres hat das Studentenwerk bereits an mehreren Tagen ein komplett fleischofreies Angebot ermöglicht. Dies kann auch ein Vorbild für die zukünftige Entwicklung sein.

Über das reine Angebot hinaus wünschen wir uns eine CO₂-Ampel, um den ökologischen Fußabdruck der Gerichte besser darzustellen. Darüber hinaus soll auch klarer gekennzeichnet werden, welche regionalen Zutaten in den jeweiligen Gerichten verarbeitet werden. So wird für die Studierenden die Transparenz bei der Wahl der Gerichte gesteigert. Auch ein deutlicherer Hinweis auf die Rückgabemöglichkeit von Getränkeflaschen ist wünschenswert; zu viele Flaschen finden den Weg nicht zurück

DEMOKRATISCHER CAMPUS

Der Campus ist ein Versammlungsort von Wissen und Meinungen! Es gibt kaum einen Ort, an dem Wissen und Meinungen so vielfältig ausgetauscht werden, wie an einer Universität. Sowohl in Forschung und Lehre als auch in den Gremien der Selbstverwaltung. Nicht ohne Grund heißt es an der Uni Halle: „Schafft Wissen“. Einer unserer Grundwerte als Jusos ist der Antifaschismus, daher fühlen wir uns einem stabilen Campus gegen Rechts besonders verpflichtet!

KRITISCHER CAMPUS - WEG MIT FASCHOS!

Aus den Meinungen wird erst dann Wissen, wenn unterschiedliche, auf Fakten basierende, Meinungen ausgetauscht werden. Wichtig ist uns hierbei, dass der Austausch, auch im Sinne eines Streits, geregelt, fair und konstruktiv abläuft. Streitkultur und Diskussion können auch an unserer Uni nur im Sinne des demokratischen Prinzips Erfolg haben. Zudem muss kritische Wissenschaft an unserer Universität gefördert werden.

Klarbekenkende Gegner*innen der Demokratie, Faschisten, Antisemiten und Antifeministen sind jedoch mit einer klaren Abgrenzung zu behandeln! Universitätsräume - und somit sichtbaren Raum - für Antidemokrat*innen zu schaffen widerspricht unserer Vorstellung eines gerechten, demokratischen Campus vehement. Wer sich gegen die Demokratie stellt, darf sich nicht die Vorteile dieser Errungenschaft zu Nutze machen und damit antidemokratisches Gedankengut propagandieren. Auch Burschenschaften, welche immer wieder inhaltliche und personelle Überschneidungen mit extremen Rechten aufweisen, sind kein Teil unserer Auffassung eines stabilen Campus gegen Rechts.

MEHR STUDIS IN DEN GREMIEN

Wir sind über 20.000 Studis an der Uni Halle und nur 289 Profs (ohne die medizinische Fakultät). Trotzdem sind im Senat, dem höchsten Gremium der Universität, 14 Profs und nur 4 Studierende vertreten. Die Profs müssen daher aktuell die studentischen Interessen nicht berücksichtigen, um Mehrheiten im Senat zu erreichen. Daher halten wir es für erforderlich, die studentische Mitwirkung im universitären Alltag zu verbessern. Nach dem Modell der Viertelparität sollten die Studierenden gemeinsam mit Profs, wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter:innen zu jeweils einem Viertel in den Gremien der Universität gleichberechtigt vertreten sein. Nur so können Vorstellungen von uns Studis verwirklicht werden!

STUDENTISCHES PROREKTORAT

Unsere Uni wird vom Rektorat geleitet, welches aus der Rektorin, 3 Prorektor*innen und dem Kanzler besteht. Wir Studis sind im Rektorat bisher nicht vertreten und haben daher kaum Möglichkeiten, auf die Arbeit des Rektorats einzuwirken. Um die Vertretung unserer Interessen im Rektorat zu verbessern, sehen wir es als angemessen an, ein studentisches Prorektorat einzurichten. Das studentische Prorektorat ist zwar aktuell im Hochschulgesetz des Landes nicht explizit vorgesehen, jedoch auch nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Die Uni Halle könnte hier mit einer Einrichtung des studentischen Prorektorats ein Vorbild für alle Hochschulen im Land sein. Ebenso wichtig wie die Repräsentation im Rektorat selbst ist es

uns, die Verbindung zwischen Studierenden und Rektorat zu intensivieren, verpflichtende indem Fragestunden von Studis an das Rektorat eingeführt werden!

FZS-VOLLMITGLIEDSCHAFT

Unsere (inter-)nationalen Bemühungen in Hinsicht auf die Vernetzung mit anderen studentischen Gruppen ist ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. (Inter-)nationaler Austausch und Zusammenarbeit mit anderen studentischen Gruppen kann häufig erfolgversprechender sein, als alleine in Halle Forderungen zu stellen. Gemeinsam sind wir stärker!

Der fzs ist ein Dachverband von Studierendenvertretungen in Deutschland und vertritt studentische Interessen auf Bundesebene. Bisher ist unser StuRa nur Fördermitglied und hat daher kein Stimmrecht. Wir setzen uns für eine Vollmitgliedschaft unseres StuRas ein, damit auch unsere Interessen auf Bundesebene vertreten werden könne

ZEITGERECHTER CAMPUS

Die Uni Halle existiert zwar schon seit 1502 und kann sich auf eine lange Tradition berufen. Darauf sollte sich jedoch nicht ausgeruht werden. In den letzten 500 Jahren hat sich zum Glück vieles verändert. Wir als Jusos setzen uns dafür ein, dass die Uni mit diesen Veränderungen Schritt hält!

DIGITALE LEHRE

Durch die Corona Pandemie konnte ein großer Fortschritt hinsichtlich hybrider Lehre und Online Ressourcen erreicht werden. Dieser sollte nicht weggeworfen werden! Unabhängig von Corona ermöglichen eine hybride Lehre und Online Ressourcen mehr Studierenden ein Studium. Studierende mit Kind, mit Behinderungen oder die mit Lohnarbeit das Studium finanzieren müssen, können sich freier entscheiden, wie sie Veranstaltungen besuchen wollen und wie weit das Selbststudium reicht. Lehrbücher sind teuer und in der Bibliothek nur begrenzt verfügbar. Daher fordern wir, die permanente Erneuerung und Ausbau der Lizenzen zu Online-Zugängen sowie die Selbstverpflichtung der Dozierenden, ihre Lehre auch digital zu ermöglichen. Dazu gehört eine strukturierte, übersichtliche und barrierefreie Website, auf dem sich insbesondere Studieninteressierte zurechtfinden!

ENDLICH ZEITGERECHTE FORSCHUNG UND ZIVILKLAUSEL!

Auch die Forschung muss im 21. Jahrhundert ankommen! Wir fordern das Berücksichtigen von Nachhaltigkeit und Genderfragen bei allen Forschungsprojekten. Das sind keine Fragen, die nur in bestimmten Fakultäten abgearbeitet werden "müssen". Es geht um fächerübergreifende umfassende Forschung zu Zukunftsthemen, die bei allen Forschungsprojekten als Grundkriterium im Blick behalten werden müssen.

Außerdem soll sich die Uni Halle verpflichten, ihre Forschung nur für zivile Zwecke zur Verfügung zu stellen und keine Drittmittel vom Militär oder Waffenlieferern einzuwerben. Wir sind davon überzeugt, dass eine Forschung, die sich zu nachhaltiger, demokratischer und friedlicher Lehre selbst verpflichtet, zu einer friedlichen Welt beitragen kann.

AUCH UNSERE UNI IST EIN ZUKUNFTSZENTRUM!

Grundsätzlich freuen wir uns natürlich sehr darüber, dass Halle den Zuschlag zum *Zukunftszentrum Deutsche Einheit und Europäische Transformation* erhalten hat. Wir werden als Juso-HSG den gesamten Prozess kritisch begleiten und wollen vor allem hervorheben, dass das Zentrum auch echte Chancen durch Arbeitsplätze und Tourismus für Halle und die Region bietet. Wir fordern die Beteiligung unserer jungen Generation an der Planung, damit der Begriff Transformation mit dem Inhalt gefüllt wird, der den Vorstellungen von uns Studis gerecht wird.

Aber auch unsere Uni ist ein Zukunftszentrum! Es kann nicht sein, dass 200 Millionen in das Zukunftszentrum deutsche Einheit fließen, aber unsere Uni um ihr Überleben als Volluniversität kämpfen muss.



WEG MIT LUTHER!

Greifswald und Münster haben es vorgemacht, Studierende in Göttingen haben es vor: Universitäten können umbenannt werden. Martin Luther war Antisemit, Rassist und ein Frauenfeind. Wir möchten unsere Geschichte nicht verleugnen und setzen uns daher für eine kritische Aufarbeitung in Forschung und Lehre mit der Vergangenheit ein. Aber wir sind der Überzeugung, dass es dafür keinen Menschenfeind im Namen unserer Universität braucht. Luther sollte nicht den Namen der Uni Halle schmücken!



VIelfÄLTIGER CAMPUS

Einer der Grundpfeiler der Juso-HSG in Halle ist der Queerfeminismus. Daher ist es uns besonders wichtig, dass sich alle Menschen am Campus wohlfühlen können und in keinster Weise Diskriminierungen, Sexismus, Klassismus oder Rassismus ausgesetzt sind. Dafür muss unter anderem auch die Barrierefreiheit ausgebaut und das Studium mit Kind vereinfacht werden. Nur ein vielfältiger Campus ist für uns als Juso-HSG ein akzeptabler Campus.

BARRIEREFREIHEIT AUSBAUEN

Unser Ziel ist es, die Barrierefreiheit an der Uni Halle auszubauen. Dazu wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Referenten für Inklusion und der Forschungsstelle zur Rehabilitation von Menschen mit kommunikativer Behinderung auf die Angebote der Uni Halle hinweisen und aktiv an Verbesserungen arbeiten. Wir fordern dazu einen barrierefreien Zugang zu jedem Universitätsgebäude. Aus diesem Grund müssen Konzepte erarbeitet werden, die den jeweiligen Anforderungen der Gebäude gerecht werden. Darüber hinaus wollen wir aktiv auf die Möglichkeiten der Nachteilsausgleiche hinweisen und diese durch regelmäßige Überarbeitungen erweitern. Es muss das Ziel sein, dass alle Studierenden in der Prüfung und im Studium dieselben Chancen haben. Dabei soll auch den Neu-Studierenden diese Möglichkeit geboten werden, indem schon in den O-Wochen die Möglichkeiten an der Uni aufgezeigt werden.

Auch die digitalen Bedingungen müssen barrierefrei gestaltet werden: Alle Folien müssen online gestellt und mit Untertiteln versehen werden. Ebenso muss die Website barrierefrei werden.

STUDIUM MIT KIND

Unser Ziel ist es, jungen Eltern im Studium zu helfen. Neben den vielfältigen Möglichkeiten der Uni muss dabei auch das Studium selbst auf die neuen Anforderungen angepasst werden. Wir wollen aktiv auf die Angebote des Familienbüros aufmerksam machen. Alle Studierenden sollten wissen, wo man Hilfe bekommt und wie man unterstützt wird. Neben den vielfältigen Angeboten der Kinderbetreuung und den Hilfspaketen des Familienbüros sollen auch die Dozent*innen für die neuen Herausforderungen sensibilisiert werden. Dazu fordern wir die Fortführung der hybriden Lehre, damit Eltern ihren Tag individuell an ihre Bedürfnisse anpassen können. Des Weiteren muss es Eltern auch möglich sein, Kinder mit in die Vorlesungen zu nehmen. Dozierende sollten auf mehr Transparenz hingewiesen werden und auch mögliche kleine Störungen gut meistern können. Dazu fordern wir auch ein Workshopangebot für Dozierende, indem auf den Umgang mit Kindern in der Vorlesung eingegangen wird.

QUEERFEMINISMUS IST FÜR ALLE GUT!

Unser Ziel als Juso Hochschulgruppe ist es, die Rechte der Studierenden, die der LGBTQIA+ -Community angehören, zu stärken. Bisher sind die Hürden einer Namensänderung für Studierende, die sich als trans identifizieren, sehr hoch. Wir setzen



uns für einen Abbau dieser Hürden ein! Ebenfalls fordern wir von der Universität einen Leitfaden für geschlechtergerechte Sprache. Es darf niemandem zur Last gelegt werden, wenn die Person gendern möchte, gleiches gilt auch andersrum.

Die Wissenschaft ist immer noch sehr männlich dominiert, und insbesondere in Professuren und in MINT-Fächern fehlt es an Finta*. Deshalb fordern wir eine Mindestquote von 50% bei Berufungen von Professuren und Neueinstellungen im Mittelbau.

Ein guter Campus ist es nur, wenn Finta*-Personen sich an der Uni sicher fühlen und überall gleichermaßen partizipieren können. Deshalb müssen Finta* mehr gefördert und empowert werden.

Uns ist es besonders wichtig, dass ein intersektionaler Feminismus angestrebt und queere und feministische Kämpfe zusammengeführt werden. Queerfeminismus is the answer!

BÜNDNISARBEIT STÄRKEN

Neben der Arbeit in Hochschulgruppen stehen wir ebenfalls für eine Stärkung von Bündnisarbeit ein. Gerade in Zusammenarbeit mit anderen (linken) Gruppen können Ideen an der Uni verwirklicht werden. Als Juso Hochschulgruppe engagieren wir uns in Bündnissen wie *halle for choice*, welches für reproduktive Selbstbestimmung einsteht. Daneben sind wir Teil des StuRa-Projektes *AG Periode*, welches kostenlose Menstruationsprodukte für alle Studierenden an der Universität Halle bereitstellen will. Außerdem sind wir seit 2 Jahren aktiv im Bündnis *MLUnterfinanziert*, um uns gegen die Kürzungen an der Uni einzusetzen!



**AM 30.05.-
07.06.2023
JUSO HSG
WÄHLEN!**

